

Beschluss des Landrates vom 02.11.2017

Nr. 1775

16. Rechtliche Grundlagen zur aktiven Umsetzung des Bevölkerungsschutzes durch TRAS Beitritt

2017/233; Protokoll: mk

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion entgegen nehme und Abschreibung beantrage.

Die Regierung habe laut **Christine Gorrengourt** (CVP) darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit sowohl für die Aussenpolitik als auch die Kernenergie beim Bund liege. Mit dieser Begründung lehnte sie in den Jahren 2011 und 2017 den Beitritt zur TRAS ab. Erfreulicherweise kamen jetzt bei der Abklärung einige gute Punkte hervor: Erstens eine gute und umfangreiche Zusammenstellung von Verfassungs- und Gesetzestexten über das, was der Kanton tut, um die Bevölkerung vor radioaktiven Gefahren zu schützen. Zweitens kam heraus, dass ein Beitritt zur TRAS ohne Gesetzesänderung möglich ist – deshalb der Antrag zur Abschreibung. Drittens, dass die Baselbieter Verfassung und einige Gesetze eine Zuständigkeit sogar beinhalten. Viertens, dass das Ziel der vorhandenen Gesetze mit den Anliegen von TRAS deckungsgleich ist.

Es heisst nun also «Yes we can». Oder, anders formuliert: «If the Regierungsrat likes, we could». Vielleicht könnte diese Frage mit einer Wiederaufnahme und Neubearbeitung des stehen gelassenen Postulats 2016/069 behandelt werden. Die CVP/BDP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Überweisen und Abschreiben der Motion, da keine Gesetzesänderungen notwendig ist. Eine Minderheit, inklusive der Motionärin, würde es erst dann abschreiben, wenn das genannte hängige Postulat nochmals thematisiert worden ist.

Die SVP-Fraktion ist laut **Hansruedi Wirz** (SVP) mit dem Vorschlag der Regierung einverstanden: überweisen und abschreiben.

Die SP-Fraktion ist laut **Stefan Zemp** (SP) nach wie vor der Meinung, dass der TRAS eine gute Sache sei. Bei der Beantwortung der Motion kam klar zutage, dass die Regierung Mitglied werden könnte – sie es aber nicht möchte. Angesichts des Resultats bei der letzten Atomabstimmung, als 50.6% der Baselbieter Bevölkerung einen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet hatte, kristallisiert sich nun klar die abwehrende Haltung der Regierung heraus. Die SP-Fraktion wird überweisen und zu 50% für Abschreiben und zu 50% für Stehenlassen votieren.

://: Die Motion wird bei Stichentscheid der Landratspräsidentin mit 40:39 Stimmen überwiesen und mit 49:30 Stimmen abgeschrieben.